

Mobilität im Umbruch

Was kann sich ändern. Was muss sich ändern.

Prominente Experten zum Thema Mobilität waren am Dienstagabend auf Einladung der GRÜNEN im gut gefüllten CVJM-Haus in Winterbach.

Kerstin Andreae, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Prof. Dr. Ing. Hugo Gabele von der Hochschule Esslingen, Fachexperte für Elektromobilität

Daniel Renkonen, Verkehrspolitische Sprecher der Landtagsfraktion

von BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN

Hans-Joachim Aderhold der OV-Sprecher von Winterbach eröffnete die Veranstaltung.

Nach der Begrüßung durch den Winterbacher Bürgermeister Sven Müller, der die Expertin/en aufforderte, auch Antworten darauf zu geben, wie es gelingen kann, Bürgerinnen und Bürger dazu zu bewegen umzudenken und ihr Verhalten zum Beispiel beim Car-Sharing positiv zu verändern.

Prof. Gabele, startete den Abend mit einem spannenden Vortrag und brachte gleich einmal interessante Zahlen mit:

- Die Durchschnittsgeschwindigkeit in unseren Städten beträgt gerade einmal 18 km/h
- Um einen Parkplatz zu finden, benötigen Autofahrer jeweils ein ¼ Stunde in der Stadt

Alles Hinweise darauf, dass es auch neben der Problematik Luftverschmutzung nicht mehr sinnvoll ist, unsere Städte mit Autos zu verstopfen.

An einem praktischen Beispiel machte er deutlich, wo eines der Kernprobleme liegt. Die Effizienz der Energie durch fossile Brennstoffe ist auch im Verhältnis zum Preis immer noch konkurrenzlos. Um eine vergleichbare Energie zu erzeugen wie ein Liter Benzin müsste ein Sportler 14 Stunden strampeln. Zusätzlich kommt der Schadstoffausstoß hinzu, der auch durch die Zunahme der schieren Masse, inzwischen alle Grenzwerte übersteigt, daher ist ein Umstieg auf andere Energieformen unabdingbar.

Prof. Gabele zeigte dann in seinem Vortrag woran er an seiner Hochschule in Esslingen derzeit forscht und welche innovative Ideen seine Studentinnen und Studenten dabei entwickeln. Zwei Beispiele hatte er mitgebracht um zu zeigen, was heute schon alles möglich ist: zum Beispiel einen fahrbaren Klappstuhl mit Produktionskosten von nur 250 €.

Ein derzeitiges Problem ist, dass solche Art von kleinen Elektrofahrzeugen, in unseren Städten keine Genehmigung von den Behörden erhalten und so die Entwicklung gebremst wird. Hier fehlt dringend eine starke Lobby gegen die übermächtige Autoindustrie.

Daniel Renkonen, der Verkehrspolitische Sprecher der Landtagsfraktion der GRÜNEN, brachte eine aktuelle Broschüre für einen nachhaltigen Strukturwandel in Baden- Württemberg auf allen Feldern der Mobilität mit.

Er berichtete, dass die Landesregierung den Beschluss gefasst hat, bis 2022 in unserem Bundesland eine Dichte von schnellen Ladestationen aufzubauen, so dass es alle 10 km eine solche Ladestation geben wird. Zurzeit sind schon über 2500 Stationen aufgebaut.

Renkonen machte auch deutlich, dass sowohl der Bund als auch Baden-Württemberg die gesteckten Klimaziele deutlich verfehlen werden. BaWü um 7 %. Dies wird jedes Jahr von neutralen Wissenschaftlern evaluiert. Beim Bund ist die Zahl leider um ein Vielfaches höher. Dies liegt unter anderem auch an der massiven Steigerung des Individualverkehrs (+ 10 %) und der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Straße (+ 40 %).

Ziel der Landesregierung wird sein den CO² Ausstoß bis 2030 um 40 % vor allem im Verkehr zu reduzieren. Auf den Bund übertragen bedeutet das mindestens 6 Millionen Elektrofahrzeuge. Derzeit liegen wir bei ca. 100 000.

Zusätzlich wird die Landesregierung sehr viel, vor allem beim Bahnverkehr in Baden Württemberg unternehmen, um mehr Menschen dazu zu bringen, vom Auto auf den ÖPNV umzusteigen. Ab Juni 2019 werden dazu neue BaWü-Züge mit modernster Ausstattung, inkl. eines erweiterten Fahrradtransports, in der Region Stuttgart einführen. Zusätzlich wird es in absehbarer Zeit für das ganze Land ein einheitliches Ticket geben und der Preis für das BaWü-Ticket wird um 25 Prozent gesenkt. Auch beim VVS wird es durch die Tarifreform zu Preissenkungen kommen. Zusätzlich sicherte Renkonen auch zu, dass die Landesregierung zusammen mit der Bahn, sich dem Problem der unterschiedlichen Bahnsteighöhen in BaWü annehmen und diese Stück für Stück beseitigen werden.

Kerstin Andreae, beklagte in ihrem Statement, dass Umweltpolitik bei der derzeitigen Bundesregierung keinerlei Priorität hat. Man sieht es an den Themen und Streitigkeiten die durch die Medien gehen.

Dabei verfehlt der Bund krachend die selbstgesteckten – und zugesagten – Klimaziele die Deutschland auf der Klimakonferenz in Paris unterschrieben hat.

Eine Folge davon sind Überschreitung der Grenzwerte in derzeit 65 Städten, gefolgt von Rechtsverfahren und erlassenen Fahrverboten durch Gerichte in immer mehr Städten verfügt werden. Ganz oben bei den negativen Grenzwerten München und Stuttgart.

Dabei sind wir nicht die Erfinder von Fahrverboten. Weltweit und vor allem auch in Europa gibt es in, London, Paris, Mailand, Stockholm, schon lange Fahrverbote mit unterschiedlichen Prioritäten. Übrigens auch mit ganz einfachen technischen Kontrollen die seit Jahren funktionieren.

Kerstin Andreae, machte in ihrem Schlussstatement klar, dass grüne Wirtschaftspolitik alle Wirtschaftszweige mit einbezieht und die Politik heute schon – so wie z. B. in Baden-Württemberg – sich gemeinsam mit der Wirtschaft darüber Gedanken machen muss wie man die kommenden Umbrüche von der E-Mobilität bis zur Digitalisierung so gestaltet, dass der Strukturwandel sich auch positiv auf die Arbeitsplätze und die Umwelt auswirkt.

In der anschließenden Diskussion wurden noch viele Themen angesprochen und diskutiert.

Rolf Schmidt vom OV Winterbach, der die Veranstaltung moderierte erinnerte in seinem Schlusswort an die Aussage des Präsidenten des Klimaforschungsinstituts von Potsdam, Prof. Schellnhuber, dass es nicht die Frage ist ob der Verbrennungsmotor verschwindet, sondern wie lange wir Menschen uns diese Verschmutzung zu Lasten unseres Klimas noch leisten wollen.